Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/769
13. 06. 73

Fragen

für die Fragestunden
der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Montag, dem 18. Juni 1973
am Dienstag, dem 19. Juni 1973
am Mittwoch, dem 20. Juni 1973

Seite

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei Peter Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

1. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, daß der RIAS in spätestens zwei Jahren dem Sender Freies Berlin eingegliedert werden soll?

2. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, dem RIAS Berlin auch in Zukunft jegliche Unterstützung zukommen zu lassen, damit der RIAS seine vielfältigen Informationsaufgaben insbesondere für die Bevölkerung Berlins und die der DDR wahrnehmen kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

3. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um die auf dem Flughafen Frankfurt am Main eingesetzten Angehörigen des Bundesgrenzschutzes ordnungsgemäß unterzubringen, um sie vor allem gegen den Dauerlärm des Flughafens abzuschirmen?

4. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Für wie lange schätzt die Bundesregierung noch die Dauer des Einsatzes von Angehörigen des Bundesgrenzschutzes auf dem Flughafen Frankfurt am Main?

5. Abgeordneter **Scheu** (SPD)

Treffen Meldungen zu, daß die militant neonazistische Gruppe der „Aktion Neue Rechte" des ehemaligen Stellvertretenden NPD-Vorsitzenden Siegfried Pöhlmann im Fichtelgebirge, und zwar im Haus „Epprechtstein", ein Schulungszentrum eröffnet hat, und kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob sie die Absicht und Möglichkeit hat, gegen diesen Versuch vorzugehen, bei dem Kader- und Basisgruppen nach dem Vorbild der französischen Neofaschisten der „Ordre Nouveau" (Neue Ordnung) aufgebaut werden sollen und des weiteren ein Sicherheitsdienst als Schlägertrupps für Versammlungen und Kundgebungen schon zur Verfügung stehen soll, der erstmals im März dieses Jahres bei einer internationalen Faschistentagung in München aufgetreten ist?

6. Abgeordneter **Wagner (Günzburg)** (CDU/CSU)

Wie und zu welchen Zeitpunkten wird die Bundesregierung gesetzliche Folgerungen aus dem Gutachten der Sachverständigenkommission für die Reform des öffentlichen Dienstrechts ziehen?

7. Abgeordneter **Freiherr von Fircks** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, daß im Rahmen künftiger Verhandlungen der nach dem Zusatzprotokoll zu dem Grundvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" zu bildenden Grenzkommission unter anderem auch der Austausch von Grundbüchern und Grundakten, aus denen sich die Besitzverhältnisse von Bürgern der Bundesrepublik an Grundstücken und Vermögenswerten in der „DDR" ergeben, vereinbart werden soll?

8. Abgeordneter **Egert** (SPD)

Welchen Anteil hat die Umweltforschung am Forschungsprogramm der Bundesregierung, und auf welche speziellen Gebiete erstrecken sich die Umweltforschungsvorhaben?

9. Abgeordneter **Egert** (SPD)

Inwieweit findet eine Abstimmung mit den daneben an den Universitäten laufenden Forschungsvorhaben statt?

10. Abgeordneter **Büchner (Speyer)** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der Deutsche Sportbund und der Deutsche Leichtathletikverband aus Sportförderungsmitteln des Bundes Zuschüsse für die Errichtung von Verwaltungsbauten (z. B. Nachfinanzierung „Haus des Sports", Errichtung eines „Hauses der Verbände", Errichtung von drei „Führungs- und Verwaltungsschulen" und Errichtung einer Verbandstrainerschule in Darmstadt) von fast 20 Millionen DM eingeplant oder beantragt haben?

11. Abgeordneter **Büchner (Speyer)** (SPD)

Trifft es zu, daß eine derartig massive Verwendung von Sportförderungsmitteln für verbandspolitische Investitionen zu Lasten sportbezogener Maßnahmen nicht zu vertreten ist?

12. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die während der Fragestunde vom Bundesinnenminister freundlich aufgenommene Anregung, die ARD möge deutsche Sprachkurse für die Aussiedler einführen, der ARD übermittelt, und welche Antwort hat sie darauf erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

13. Abgeordnete **Frau Funcke** (FDP)

Beabsichtigt die Bundesregierung, den Höchstbetrag gemäß Lohnsteuer-Richtlinien Abschnitt Aushilfskräfte anzuheben, um die Teilzeitbeschäftigung zu fördern?

14. Abgeordneter **Peiter** (SPD)

Wieviel Bankinstitute gibt es in der Bundesrepublik Deutschland, die nicht einem Garantieverband angeschlossen sind?

15. Abgeordneter **Höcherl** (CDU/CSU)

Werden Verpächter landwirtschaftlicher Grundstücke, die einen Teil der Früchte als Naturalpacht erhalten und diese Erträge veräußern, nach § 2 Abs. 1 UStG oder gemäß § 24 UStG behandelt?

16. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die stabilitätspolitische Entscheidung, wonach unter anderem für Fertighäuser, die vor dem 9. Mai 1973 durch Kaufvertrag erworben wurden und für die der Antrag auf Baugenehmigung aber zu einem späteren Zeitpunkt gestellt wird, die Steuervergünstigungen nach § 7 b EStG in Anspruch genommen werden können, eine Benachteiligung aller Bauwilligen darstellt, die vor dem 9. Mai 1973 mit der Planung begonnen haben bzw. einen Architektenvertrag abgeschlossen haben und eine Baugenehmigung aus den verschiedensten Gründen nicht beantragen konnten, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, dies zu ändern, zumal den erwähnten Bauwilligen teilweise sehr hohe finanzielle Nachteile entstehen würden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

17. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

In welchem Umfang — absolut und prozentual — wird die Bundesregierung die ERP-Kredite für die mittelständische Wirtschaft in den strukturschwachen Gebieten kürzen?

18. Abgeordneter **Dr. Klein (Stolberg)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß durch die Maßnahmen der Bundesregierung zur Konjunkturdämpfung — einseitige Belastung der privaten Investitionen insbesondere durch die 11%ige Investitionssteuer und die 25%ige Kürzung der Investitionszulagen für wirtschaftsschwache Regionen — der Abstand zwischen den wirtschaftsschwachen und den wirtschaftsstarken Räumen, z. B. zwischen dem Aktionsraum „Nordeifel-Grenzraum Aachen" und der Rheinschiene, noch vergrößert wird, und wie will die Bundesregierung insbesondere für die Zukunft vermeiden, daß die notwendigerweise auf Dauer angelegten Strukturmaßnahmen kurzfristigen konjunkturellen Überlegungen zum Opfer fallen?

19. Abgeordneter **Dr. Klein (Stolberg)** (CDU/CSU)

Wieso zieht die Bundesregierung aus ihrer eigenen Feststellung, das Aktionsprogramm „Nordeifel-Grenzraum Aachen" im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" habe bisher

nicht zu einer nachhaltigen Stärkung und Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in diesem Aktionsraum geführt (Drucksache 7/401, Seite 37), nicht die notwendige Konsequenz, neben der — ohnehin nur minimalen — direkten Förderung zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze verstärkt Mittel zum Ausbau der kommunalen Infrastruktur, zur Verbesserung der Verkehrssituation und zur Erschließung von Industriegelände zur Verfügung zu stellen, um so verstärkt Anreize zur Ansiedlung größerer Betriebe zu schaffen, und müßte dies nicht insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der europäischen Bedeutung des Aktionsraumes „Nordeifel-Grenzraum Aachen" geschehen?

20. Abgeordneter **Höcherl** (CDU/CSU)

Was beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, um die exorbitanten Preissteigerungen bei Heizöl und Benzin trotz Aufwertung der D-Mark in den Griff zu bekommen, und welche Bedeutung mißt sie den jüngsten Berichten in der Presse über Verknappung von Mineralöl bei?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

21. Abgeordneter **Geldner** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Meldung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 26. Mai 1973, wonach die deutschen Molkereien an der Trinkmilch mehr verdienen als an anderen Milchprodukten, und wie ist diese Tatsache im Zusammenhang mit der Preiserhöhung der letzten Tage zu werten?

22. Abgeordneter **Geldner** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel bäuerliche Dörfer schon die Sanierungsmöglichkeiten nach dem Städtebauförderungsgesetz genutzt haben, bzw. warum das so zögernd geschieht?

23. Abgeordneter **Immer** (SPD)

Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung treffen, damit der bedrohlichen Zunahme an Brachflächen und einer einseitigen Aufforstung (Verfichtung) wirksam begegnet werden kann?

24. Abgeordneter **Immer** (SPD)

Welche struktur- und wirtschaftspolitischen sowie bodenrechtlichen Maßnahmen wird die Bundesregierung in Angriff nehmen, um die Offenhaltung der Kulturlandschaft zu gewährleisten?

25. Abgeordnete **Frau Dr. Riedel-Martiny** (SPD)

Welche Schlüsse und Maßnahmen leitet die Bundesregierung aus dem Ende 1972 bekanntgewordenen Gutachten ab, das die baden-württembergische Landesregierung bei der Dornier-System-GmbH in Friedrichshafen in Auftrag gegeben hat und aus dem hervorgeht, daß durch Verminderung des Humusbodens, durch die Auswirkung chemischer Bekämpfungsmittel, durch Waldschäden und Eingriffe in den natürlichen Wasserhaushalt die Landwirtschaft erheblich zur Schädigung unserer Umwelt beiträgt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

26. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Trifft es zu, daß fast ein Drittel aller Zivildienstplätze im sozialen Bereich unbesetzt sind und daß in letzter Zeit die Zahl der nicht entschiedenen oder abgelehnten Anträge sozialer Einrichtungen auf Anerkennung als Einsatzstellen gestiegen ist?

27. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um alle Einsatzmöglichkeiten im sozialen Bereich voll auszuschöpfen?

28. Abgeordneter **von Schoeler** (FDP)

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß, solange die Einsatzmöglichkeiten von Zivildienstleistenden im sozialen Bereich nicht voll ausgeschöpft sind, die Erschließung weiterer Tätigkeitsfelder nicht notwendig ist?

29. Abgeordneter **von Schoeler** (FDP)

Wieviel Zivildienstplätze im sozialen Bereich werden nach Inkrafttreten des Zivildienstgesetzes zur Verfügung gestellt werden können?

30. Abgeordneter **Schreiber** (SPD)

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die dauernde Einhaltung der „Richtlinien für die Unterkünfte ausländischer Arbeitnehmer in der BRD" vom 1. April 1971 sicherzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

31. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung gewerkschaftliche Forderungen, die Einberufung von Betriebsjugendvertretern und jugendlichen Betriebsräten für die Dauer ihrer Amtszeit von der Einberufung zum Wehrdienst zurückzustellen, und erwägt sie, eine Novellierung des geltenden Rechts in diesem Sinne vorzuschlagen?

32. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)	Hat sich die Aufklärung der DDR-Soldaten über die Bundeswehr in Inhalt und Tonart positiv oder negativ im letzten Jahr verändert?
33. Abgeordneter **Dr. Klepsch** (CDU/CSU)	Welche Pflichtlektüre ist den Soldaten, welche den Offizieren der NVA auferlegt, um diese zum Haß gegen den westdeutschen Klassenfeind und seine Streitkräfte zu erziehen?
34. Abgeordneter **Damm** (CDU/CSU)	Welche Erfahrungen ergeben sich für die Bundesregierung aus den Studien der Dienstvorschriften der NVA und der einschlägigen Militärliteratur der DDR über die Erziehung zum Haß gegenüber der Bundeswehr?
35. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)	Wie wird heute den Angehörigen der DDR-Streitkräfte — auch in Reden führender SED-Funktionäre — das „Feindbild" erklärt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

36. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP)	Sind der Bundesregierung Zeitungsberichte bekannt, daß in England im Trinkwasser zunehmend empfängnisverhütende Hormone festgestellt wurden, die von den üblichen Abwasserreinigungsverfahren nicht berührt werden, und gibt es in der Bundesrepublik Deutschland entsprechende Feststellungen?
37. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP)	Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, wenn die festgestellten Mengen für die menschliche Gesundheit relevant werden?
38. Abgeordneter **Rollmann** (CDU/CSU)	Welche Schritte gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die nach § 14 des Gesetzes über die Errichtung einer Stiftung „Hilfswerk für behinderte Kinder" zu zahlenden Renten zu dynamisieren?
39. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um sicherzustellen, daß die künstlichen wie auch die natürlich vorkommenden Substanzen, die Veränderungen der Erbanlagen (Mutationen) in den Keimzellen und auch in den Körperzellen hervorrufen können, in einem Katalog der Öffentlichkeit bekanntgemacht werden?
40. Abgeordneter **Dr. Nölling** (SPD)	Warum gehen die Vorbereitungen zur Gründung eines schiffahrtsmedizinischen Instituts nur so schleppend voran?

41. Abgeordneter **Dr. Nölling** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Initiative zur baldigen Gründung eines solchen Instituts zu ergreifen?

42. Abgeordneter **Freiherr von Fircks** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Übernahme der Kosten, die im Rahmen der Förderung jugendlicher Spätaussiedler durch die Erteilung von Volksschulunterricht in den Förderschulen entstehen, von den kommunalen Sozialhilfeträgern vielfach unter dem Hinweis darauf abgelehnt wird, daß der Besuch einer Förderschule mit dem Ziel, den Volkschulabschluß zu erreichen, nach dem Sozialhilferecht nicht als förderungswürdig anzusehen sei?

43. Abgeordnete **Frau Dr. Riedel-Martiny** (SPD)

Hält die Bundesregierung angesichts der Ergebnisse des diesjährigen Gesundheitsberichtes, demzufolge ein nennenswerter Prozentsatz der Schulkinder ohne Frühstück zur Schule geht, Maßnahmen gegen dieses Fehlverhalten für angebracht, und ist insbesondere daran gedacht, die Subvention der Schulmilch wieder aufleben zu lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

44. Abgeordneter **Lambinus** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die Zulassung von Fahrzeugen, die zur gewerblichen Weitervermietung an Selbstfahrer vorgesehen sind, davon abhängig zu machen, daß Sicherheitsgurte zumindest für die Benutzer der Vordersitze angebracht sind?

45. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Kanalisierung der Saar nicht zur dringend erforderlichen Strukturverbesserung der Saarwirtschaft beiträgt, sondern genau umgekehrt die bestehende Monostruktur noch weiter verfestigt und daß darüber hinaus angesichts der über kurz oder lang zu erwartenden Harmonisierung der Wegekosten zwischen Schiene und Wasserstraße schließlich überhaupt noch ein Frachtvorteil auf der Kanalstrecke gegenüber der Schiene übrig bleibt?

46. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß im Zuge der Neuorganisation der Wasserstraßenverwaltung in Baden-Württemberg in Zukunft nur noch eine Wasser- und Schiffahrtsdirektion erhalten bleibt, und daß dabei daran gedacht ist, die Wasser- und Schiffahrtsdirektion Stuttgart am Sitz der Landesregierung bestehen zu lassen und das Personal und die Aufgaben der Wasser- und Schiffahrtsdirektion Freiburg auf die Stuttgarter Direktion zu übertragen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen

47. Abgeordneter **Vahlberg** (SPD)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wieviel Projekte, die mit dem Programm zur „Förderung der marktnahen Entwicklung auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung" gefördert werden, erfolglos abgebrochen werden?

48. Abgeordneter **Vahlberg** (SPD)

Gibt es Untersuchungen darüber, wieviel der abgebrochenen Projekte unter neuer Bezeichnung ein weiteres Mal gefördert werden?

49. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Rosa Luxemburg demnächst eine Briefmarke der Deutschen Bundespost gewidmet werden soll?

50. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Ist sich die Bundesregierung bewußt, daß die Leerung der Briefkästen an Sonn- und Feiertagen im Augenblick immer mehr in die sehr frühen Vormittagsstunden vorverlegt wird, so daß diejenigen, die an Wochenenden ihre Post aufarbeiten, kaum noch Gelegenheit haben, diese in den Fernverkehr zu bringen, und kann sie mitteilen, nach welchen Kriterien Orte ausgesucht werden, in denen eine weitere Leerung in den Abendstunden durchgeführt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

51. Abgeordnete **Frau Meermann** (SPD)

Welche Bemühungen unternimmt die Bundesregierung, um ein besseres Angebot für den Französischunterricht zu erreichen und den unbefriedigenden derzeitigen Zustand zu ändern, daß nur 8000 deutsche Schüler Französisch als erste Fremdsprache lernen, während eine halbe Million französischer Schüler mit Deutsch beginnen?

52. Abgeordneter **Engholm** (SPD)

Ist die Bundesregierung künftig bereit, bei der Vergabe öffentlicher Mittel für die berufliche Bildung nur Ausbildungsstätten gemeinnütziger Träger zu fördern, deren Satzung die Erzielung von Gewinn ausschließt, die nicht überwiegend den spezifischen Zwecken eines Unternehmens oder Verbands dienen, die jedem freien Zugang ermöglichen und in denen eine Mitbestimmung aller Betroffenen, d. h. auch der Lehrenden, Lernenden und Gewerkschaften, gewährleistet ist?

53. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Anerkennung im Ausland abgelegter Reifeprüfungen durch die Kultusministerkonferenz nur in einem sehr zeitraubenden Verfahren möglich ist, und daß bei einem oft monatelangen Warten auf eine Entscheidung der Kultusministerkonferenz Abiturienten aus Entwicklungsländern in unzumutbarer Weise an der Aufnahme des Studiums gehindert werden, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung im Rahmen der verfassungsmäßigen Zuständigkeiten, auf eine Beschleunigung dieses Verfahrens hinzuwirken?

54. Abgeordneter **Ziegler** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung erläutern, unter welchen Gesichtspunkten einzelne Gruppen von Arbeitnehmern bevorzugt in den Genuß von bezahltem Bildungsurlaub kommen sollen, wie es der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft Pressemeldungen zufolge angedeutet hat?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

55. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Auf Grund welcher fachlicher und beamtenrechtlicher Qualifikation wurde der bisherige Chefredakteur des „Spiegel", Günther Gaus, zum Staatssekretär unter gleichzeitiger Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit ernannt?

56. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Welche Aufgaben und Funktionen innerhalb des Bundeskanzleramts wurden Staatssekretär Gaus übertragen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

57. Abgeordneter **Hösl** (CDU/CSU)

Trifft die Weigerung der jugoslawischen Regierung zu, zweimal wöchentlich Charterflüge für jugoslawische Arbeitnehmer zwischen West-Berlin und Zagreb zu veranstalten, und wie beurteilt die Bundesregierung dies angesichts der Tatsache, daß für diese Arbeitnehmer aus Westberlin Flüge zwischen Ost-Berlin und Jugoslawien durchgeführt werden, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um auf eine Änderung dieses Zustands hinzuwirken, die im Widerspruch steht zum Tenor der Verlautbarungen, die sie im Zusammenhang mit dem Jugoslawien-Besuch des Bundeskanzlers über die deutsch-jugoslawischen Beziehungen verbreitet hat?

58. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung Presseberichte, denen zufolge Breschnew während seines Besuchs in der Bundesrepublik Deutschland die Forderung nach Abbau der Sender Radio Free Europe und Radio Liberty erhoben haben soll, und gibt es seitens der Bundesregierung Erwägungen in dieser Richtung?

59. Abgeordneter **Dr. Aigner** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung die deutsche Vertretung angewiesen hat, bei der Adenauer-Preisverleihung in New York an General Lucius D. Clay keinen offiziellen Vertreter zu dieser Preisverleihung zu entsenden?

60. Abgeordneter **Dr. Aigner** (CDU/CSU)

Ist es richtig, daß sowohl der Bundeskanzler wie der Regierende Bürgermeister von Berlin sich in einem Schreiben an die Deutschland-Stiftung geweigert haben, ein Glückwunschschreiben an General Clay anläßlich dieser Preisverleihung zu senden?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, nach denen die Bundesregierung beabsichtigt, die Finanzierung eines Kernkraftwerks in Finnland im Rahmen Wiedergutmachungszahlungen sicherzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

2. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, angesichts der mehrfach gestiegenen Benzinpreise, Wegstreckenentschädigungen (bisher 0,18 DM/km) für z. B. den Besuch einer Bundeswehrfachschule der Preisentwicklung anzupassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

3. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Welchen Stand haben die Verhandlungen mit den US-Streitkräften über die Freigabe des bundes- und landeseigenen ca. 500 ha großen Geländes in Schleißheim bei München, das z. Z. teilweise von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz genutzt wird?

4. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Welche Pläne bestehen für die Verwendung dieses Geländes nach Freigabe durch die US-Streitkräfte?

5. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die in Abschnitt 21 Abs. 5 Ziffer 3 c und in Abschnitt 24 Abs. 3 Ziffer 2 (diese in Verbindung mit Absatz 3 vorletzter Satz) der Lohnsteuer-Richtlinien zugelassenen Reisekosten- und Werbungskostenpauschbeträge bei Montagearbeiten auf Außenstellen nicht mehr den heutigen Preis- und Kostenverhältnissen entsprechen und angemessen erhöht werden müssen?

6. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Dient es nicht der von allen Seiten und vor allem auch von der Bundesregierung immer wieder versprochenen Verwaltungsvereinfachung, wenn solche ohne Nachweis anzuerkennenden Pauschbeträge erhöht und den Finanzämtern damit aufwendige Nachprüfungen erspart werden?

7. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Entspricht es den Tatsachen, daß die Bundesvermögensabteilung aus der Oberfinanzdirektion Karlsruhe herausgelöst und der Oberfinandzirektion Freiburg zugeteilt werden soll?

8. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Für den Fall, daß die vorige Frage mit ja beantwortet wird, teilt die Bundesregierung die Meinung, daß das Gewicht der Oberfinanzdirektion Karlsruhe durch diese Maßnahme zugunsten der Oberfinanzdirektion Freiburg verringert und das Verhältnis der Ausgewogenheit der Bezirke gestört wird?

9. Abgeordneter **Pohlmann** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung bisher getan, um den immer unerträglicher werdenden Geräuschbelästigungen und anderen unzumutbaren Beeinträchtigungen der Hamelner Bevölkerung abzuhelfen, die durch den ständigen und über das notwendige Maß hinausgehenden Kettenfahrzeugverkehr der britischen Streitkräfte verursacht werden, nachdem der Bundesregierung — wie aus ihrer Antwort auf zwei schriftliche Fragen des Abgeordneten Frehsee (Drucksache VI/3546, Fragen B 10 und 11) hervorgeht — die diesbezüglichen Proteste der Hamelner Bevölkerung seit langem bekannt sind, und die Verhandlungen der örtlichen Stellen unergiebig und bisher ohne befriedigendes Ergebnis geblieben sind?

10. Abgeordneter **Pohlmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung in dieser Sache bereits — wie in Aussicht gestellt — mit der britischen Verbindungsstelle in Bonn in Verhandlungen eingetreten, und wie steht es mit der angekündigten finanziellen Beteiligung an dem Bau einer Straße, die den militärischen Verkehr vom Brückenbaugerätelager am Reimerdeskamp an den Wohnbereichen vorbei zum Übungsgelände Pötzen-Welliehausen leiten soll?

11. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß der Bau des Harrier-Übungsplatzes in der Leuther Heide im Naturpark Schwalm-Nette, abgesehen von der Belästigung der Bevölkerung und der Beeinträchtigung des Fremdenverkehrs, auch aus Gründen der Sparsamkeit nicht vertretbar ist, da nur an vier Tagen im Monat Übungen des Senkrechtstarters stattfinden sollen, und könnte nicht unnötiger finanzieller Aufwand für den Bau der 600 m langen befestigten Landebahn mit Zusatzbauten und für deren Wartung dadurch vermieden werden, daß die große Anzahl von Flugplätzen, die im Umkreis von ca. 40 km um den Stützpunkt Wildenrath bisher durch Nato-Verbände nicht voll ausgelastet sind, intensiver benutzt werden?

12. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, mit den zuständigen Stellen der befreundeten Streitkräfte sowie der niederländischen Regierung zu verhandeln, mit dem Ziel, den Bau des Übungsplatzes im Naturpark Schwalm-Nette zu verhindern?

13. Abgeordneter **Immer** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, in Zukunft einen Finanzausgleich rechtlich abzusichern, der für die Bereitstellung und Erhaltung von Naherholungsgebieten über Kommunal- und Landesgrenzen hinweg dringend erforderlich ist, da die Kommunen und Landkreise in diesen schwach strukturierten Gebieten nicht in der Lage sind, allein die Voraussetzungen zu schaffen (Beispiel: Naherholungsgebiete in Altenkirchen, in Rheinland-Pfalz, für den Ballungsraum Köln—Bonn—Ruhrgebiet in Nordrhein-Westfalen)?

14. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die Anteile der Gemeinden an der Einkommensteuer in einer mit der Bevölkerungsentwicklung schritthaltenden Weise so zu verbessern, daß sie dem starken Bevölkerungszuwachs in den Randzonen expandierender Verdichtungsräume, der durch einen aus den Kernbereichen ausgelösten Siedlungsdruck entsteht (z. B. Taufkirchen bei München), besser begegnen können?

15. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Welche Vorschläge macht die Bundesregierung bereits vor der beabsichtigten Reform des Bodenrechts für eine sachgerechte Finanzierung der kommunalen Folgekosten bei einer durch Siedlungsdruck bewirkten Änderung der Gemeindeverhältnisse?

16. Abgeordneter **Flämig** (SPD)

Trifft es zu, daß die US-Streitkräfte auf Grund des Landbeschaffungsgesetzes ein 101 ha grosses Übungsgelände im Gemeindewald Ostheim und im Bürgerwald Windecken (Landkreis Hanau) erwerben und für die Öffentlichkeit sperren wollen, obwohl es sich dabei um ein anerkanntes Landschaftsschutzgebiet handelt?

17. Abgeordneter **Flämig** (SPD)

Wenn ja — welche Stellungnahme wird die Bundesregierung zu diesem Ersuchen beziehen angesichts der Tatsache, daß gerade im Industrieballungsraum um Hanau in den letzten Jahren viele hundert Hektar für Verkehrszwecke und Industrieansiedlungen geopfert werden mußten und nur noch beschränkt Waldflächen für die Erholung der Bevölkerung zur Verfügung stehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

18. Abgeordneter **Geldner** (FDP)

Weiß die Bundesregierung, ob in den Landwirtschaftsschulen auch Kooperationsformen gelehrt werden, bzw. — wenn nicht — hält es die Bundesregierung für erforderlich, daß diese moderne Art der Zusammenarbeit bäuerlicher Betriebe den jungen Menschen auf dem Lande bekanntgemacht wird?

19. Abgeordneter **Baack** (SPD)

Stimmt die Aussage des Direktors des Wuppertaler Zoos, die er in einer Sendung des WDR gemacht hat, daß die Anwendung des neuen Tierschutzgesetzes nicht gegeben sei, da zu diesem Gesetz die Ausführungsbestimmungen noch fehlten, und wenn ja, wann gedenkt die Bundesregierung diese Ausführungsbestimmungen zu erlassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

20. Abgeordneter **Rollmann** (CDU/CSU)

In welchem Umfang wurde in den Jahren 1971 und 1972 gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz verstoßen, und wie wurden diese Verstöße geahndet?

21. Abgeordneter **Rollmann** (CDU/CSU)

In welchem Umfang wurden 1971 und 1972 die Betriebe auf die Innehaltung des Jugendarbeitsschutzgesetzes überprüft?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

22. Abgeordneter **Baack** (SPD)

Läßt § 7 Abs. 2 des Unterhaltssicherungsgesetzes (USG) in Verbindung mit Nummer 51 des Hinweises des Bundesministers der Verteidigung zur Durchführung der USG zu, daß ein zur Bundeswehr eingezogener Bürger die Anlageform des vermögenswirksamen Sparens ändern kann, ohne Gefahr zu laufen, der Vergünstigung des Gesetzes verlustig zu werden, auch wenn diese Änderung nicht vor zwölf Monaten vor seiner Einberufung geschieht?

23. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wie hoch beziffert die Bundesregierung den der deutschen Bundeswehr in den letzten Jahren durch sogenannte Kleinschäden entstandenen Verlust, und ist sie gegebenenfalls der Auffassung, diese Schäden wieder zu erfassen?

24. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Aus welchen Gründen wird die Auflösung der Bundeswehr-Standortverwaltung Dillingen (Donau) angestrebt, und wann ist mit einer Entscheidung zu rechnen, die auch den Belangen der Bediensteten Rechnung trägt?

25. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Gibt es Überlegungen, im Landkreis Dillingen (Donau) eine Bundeswehrverwaltungsschule zu errichten, und welche Städte werden hierbei nach welchen Kriterien gegebenenfalls in Betracht gezogen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

26. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung künftige Investitionen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur ausschließlich nach gesamtwirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten planen will und Grundlage dafür ein von der Bundesregierung in Auftrag gegebener und im Laufe dieses Jahrs fertigzustellender integrierter Bundesverkehrswegeplan sein soll, der nach objektiven gesamtwirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Kriterien aufzustellen ist?

27. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Ausbau der Saar zu einer Großschiffahrtsstraße im Widerspruch zu § 7 der Bundeshaushaltsordnung steht und volkswirtschaftlichen Prinzipien widerspricht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

28. Abgeordneter **Mick** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung noch ihre Antwort auf die Fragen B 68 und B 69 (Drucksache 7/77) im Gedächtnis, in denen die monopolartige Stellung von Wärmelieferfirmen bei zentralbeheizten Eigenheimen und Eigentumswohnungen angesprochen wurde, und wonach sie keine Möglichkeit sah, von einigen Ausnahmen abgesehen, gegen solche Quasimonopole etwas zu unternehmen?

29. Abgeordneter **Mick** (CDU/CSU)

Können solche Ausschließlichkeitsverträge nicht in die kartellamtliche Mißbrauchsaufsicht einbezogen werden, so wie es bereits bei den Ausschließlichkeitsverträgen der Versorgungsunternehmen seit 1958 der Fall ist (§§ 103, 104 GWB)?

30. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Nachdem die Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine Mündliche Frage erklärt hat, daß eine allgemeine Anpassung der Einkommensgrenzen für die Gewährung von Wohngeld „zur Zeit nicht angebracht" sei, frage ich die Bundesregierung, ob wenigstens beabsichtigt ist, die Wohngeldregelung für kinderreiche Familien zu verbessern, da sich die bisherigen Grenzen bezüglich des Einkommens und bezüglich der zu berücksichtigenden Miete (Belastung) mehrfach als Sperre für den Bau von Eigenheimen und die Anmietung von größeren Wohnungen durch kinderreiche Familien ausgewirkt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen

31. Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die Absicht, die Förderungsmaßnahmen im Bereich der Energieerzeugung, des Energietransports und der Energiekonservierung innerhalb des Forschungsministeriums in einer eigenen Abteilung zusammenzufassen?

32. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, Maßnahmen zu ergreifen, um die Außenstelle Lampoldshausen des Forschungszentrums Stuttgart der DFVLR aufrecht zu erhalten, nachdem der ELDO-Rat beschlossen hat, das Europa II-Programm einzustellen?

33. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung meiner Auffassung zu, daß die angedeutete Gebührenerhöhung für Massendrucksachen nur einer der möglichen Wege ist, um die von weiten Bevölkerungskreisen nicht gewünschte Drucksachenflut einzudämmen, und ist die Bundesregierung bereit, bei ihren diesbezüglichen Erwägungen auch die Möglichkeit einzubeziehen, Drucksachen deutlicher als bisher zu kennzeichnen, etwa durch den Aufdruck „unaufgefordert zugesandte Drucksache" oder „unaufgefordert zugesandtes Angebot", und wie beurteilt die Bundesregierung die Anregungen, bei unerwünscht zugestellten Postsendungen die Annahme zu verweigern und diese an den Absender zurückzusenden?

Bonn, den 13. Juni 1973